

Neue Steuerpläne sparen höchstens 3 Euro monatlich

Die geplante Steuervereinfachung der Bundesregierung für 2011 soll Bürgern Zeit und Geld sparen. Hier erklärt  was sich wirklich ändert

Die Bundesregierung plant Steuererleichterungen für Arbeitnehmer in Höhe von 590 Millionen Euro.

Das hört sich gewaltig an. Bei rund 26 Millionen Steuerpflichtigen bedeutet das aber nur eine durchschnittliche Entlastung von jährlich knapp 23 Euro. Uwe Diekmann, Steuerberater der GDS Gruppe aus Köln, beantwortet die wichtigsten Fragen und erklärt, was sich ändern wird, wenn die Vorschläge 2011 Gesetz werden. (cord)

Wie viel Geld können Arbeitnehmer sparen?

Nicht viel. Wird der Pauschbetrag für Werbekosten von 920 auf 1000 Euro erhöht, bringt das Arbeitnehmern monatlich nur maximal 3 Euro Ersparnis.

Was die Vereinfachung angeht, nützt die Änderung nur, wenn man erwartet, dass die Werbekosten deutlich unter dem Pauschbetrag liegen. Denn sonst müssen weiterhin Belege gesammelt werden, da am Jahresanfang im Regelfall noch nicht klar ist, ob die Werbungskosten über dem Grenzbetrag liegen.

Wird die Steuererklärung tatsächlich einfacher?

Auf Wunsch können Angestellte ihre Steuererklärung nur noch alle zwei Jahre machen. Das lohnt sich aber nur, wenn man keine Rückzahlung erwartet.

Denn sonst muss man zwei Jahre auf seine Erstattung warten.

Zudem können Bürger persönliche Daten, wie Name und Anschrift, vom Finanzamt automatisch in die Steuerformulare eintragen lassen. Aber: Der Steuerzahler ist verpflichtet zu überprüfen, ob diese Daten richtig sind. Außerdem helfen diese Vordrucke nicht

bei den eigentlich wichtigen Steuerfragen.

Muss ich bei der nächsten Steuererklärung etwas anders machen?

Nein, diese Vorschläge sollen frühestens 2011 umgesetzt werden. Für die Jahressteuererklärung 2010 bleibt alles beim Alten.

Was bedeuten die Pläne für Familien mit Kindern?

Für Eltern von volljährigen Kindern entfällt die Überprüfung des Einkommens der Kinder. Will heißen: Verdient der Sprössling in der Ausbildung mehr als 8004 Euro pro Jahr, bekommen die Eltern weiterhin Kindergeld. Das wird derzeit gestrichen, wenn diese

Grenze überschritten wird. Zudem sind Kinderbetreuungskosten einfacher abzusetzen. Es macht keinen Unterschied mehr, ob Eltern ihre Kinder aufgrund beruflicher oder privater Gründe beaufsichtigen lassen.

Was ändert sich für Pendler?

Wer für den Arbeitsweg abwechselnd öffentliche Verkehrsmittel und das Auto benutzt, muss das künftig nicht mehr für jeden Tag nachweisen, sondern lediglich fürs gesamte Jahr. Das spart zwar Zeit, aber kein Geld.



Die Pläne entlasten die Bürger kaum, weiß Steuerberater Uwe Diekmann